

4. April 2022
1 von 2

Der Klimakrise entschieden begegnen
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 26. August 2019
Bericht des Magistrats
- 101.18.1379 -

Beschluss

Die Stadt Kassel schließt sich der globalen Bewegung von Städten an, die in einer Climate Emergency Declaration ihrer lokalen Verantwortung zur Begegnung der Klimakrise gerecht werden wollen. Damit einhergehend will die Stadt Kassel ihren Beitrag zur Begrenzung der globalen Erderwärmung im Einklang der Ziele des Pariser Klimaabkommens leisten.

Die nie dagewesene Herausforderung für die Menschheit heißt, den Planeten Erde auf Dauer nachhaltig zu bewirtschaften. Die Stadtverordnetenversammlung sieht im menschenverursachten Klimawandel eine der größten Bedrohungen des 21. Jahrhunderts.

Die Stadt Kassel fordert deshalb von der Bundes- und der Landesregierung umgehend geeignete politische Rahmensetzungen, um die klimaschädlichen Emissionen endlich massiv zu reduzieren. Nur so können die Ziele des Pariser Klimaabkommens noch erreicht werden.

Die kommunalen Anstrengungen, wie bereits im Klimaschutzkonzept oder der Energiewende-Charta festgehalten, müssen deshalb verstärkt werden. Auch der eingeschlagene Weg der städtischen Beteiligungen zur Energie- und Verkehrswende soll konsequent weitergegangen werden. Dafür benötigt es sofortige Maßnahmen, die zu einer nachhaltigen und messbaren Reduktion der CO₂-Emissionen führen.

Die Stadt Kassel selbst verstärkt zudem nochmals ihre Anstrengungen, um in den Sektoren Strom, Wärme, Mobilität, Landwirtschaft und Konsum den Umstieg auf klimaneutrales Handeln so zu forcieren, dass schnellstmöglich eine 100%ige dezentrale Versorgung mit erneuerbaren Energien erreicht wird. Das ambitionierte Ziel ist der Versuch bis 2030 klimaneutral zu werden.

Jede Entscheidung der kommunalen Selbstverwaltung wird künftig auf diese Zielerreichung hin überprüft.

Uns ist bewusst, dass der Klimawandel nicht nur eine ökologische Frage ist, sondern unmittelbare Auswirkungen auf die sozialen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Menschen hat. Das heißt konkret, dass bei der Umsetzung der Maßnahmen zur Reduktion der Treibhausgase gleichfalls die

sozialen- und arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen zu berücksichtigen sind. Eine weitsichtige Klimapolitik muss sicherstellen, dass die Beschäftigten in den betroffenen Branchen nicht abgehängt und die finanziell schlechter gestellten Bevölkerungsgruppen nicht überfordert werden. Die Energie- und die Verkehrswende werden nur gelingen, wenn sie sozial ausgewogen gestaltet werden. Bei ihren Bürgerinnen und Bürgern, bei Unternehmen und nicht-gewerblichen Einrichtungen wirbt die Stadt um aktive Unterstützung des Wegs hin zu einer CO₂-neutralen Stadt.

2 von 2

Um die benannten Anstrengungen hin zu einer klimaneutralen Stadt effizient umsetzen zu können, soll ein Klimaschutzrat als Beratungsgremium aus Wissenschaftlern, Verantwortlichen der Stadt Kassel und sonstigen Experten zeitnah eingerichtet werden, damit, wenn möglich im ersten Quartal 2020 ein Konzept mit Teilzielen und überprüfbaren Indikatoren der Stadtverordnetenversammlung durch den Magistrat vorgelegt werden kann. Zudem soll über die Fortschritte in den Klimaschutzbemühungen jährlich der Stadtverordnetenversammlung berichtet werden.

Der Bericht von Stadtbaurat Nolda wird zur Kenntnis genommen.

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Stadtverordnetenvorsteherin

Nicole Eglin
Schriftführerin